

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 41.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 9. Oktober 1914.

Inseratspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Wenzelwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

15. Jahrg.

Weitere Maßnahmen

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe.

Nunmehr haben auch mit dem Rheinisch-Westfäl. Tischler-Innungsverband am 15. und 24. September Verhandlungen stattgefunden, um über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beraten. Wenn auch bisher gerade im Verbreitungsgebiete des Rh. W. Tischler-Innungsverbandes eine verhältnismäßig geringere Arbeitslosigkeit als sonst zu verzeichnen war, so galt es doch beizeiten dafür zu sorgen, daß vorhandene Arbeitsgelegenheit nicht vorzeitig erschöpft und baldigst neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen wurden. Nachfolgende Vereinbarung wurde getroffen:

1. Die geschäftsführenden Zentralvorstände des Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverbandes und der Holzarbeiterverbände beschließen, ungesäumt Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit im Tischlergewerbe einzuleiten.
2. Sie richten an alle öffentlichen Behörden, sowie an Private die dringliche Bitte, begonnene Bauten fortzuführen, beschlossene Neubauten zur Vergebung zu bringen und die hierfür nötigen Tischlerarbeiten und Wohnungseinrichtungen tunlichst sofort in Auftrag zu geben.
3. Den örtlichen Organisationen wird empfohlen, unter Berücksichtigung der schon eingeleiteten Schritte, gemeinsam bei den in Frage kommenden Behörden und in der Öffentlichkeit auf die Vergebung von Aufträgen hinzuwirken. Hierbei ist auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Aufträge, evtl. durch Vergebung an Arbeitsgemeinschaften des Tischlergewerbes zu achten. Im Interesse der Unterbringung recht vieler Arbeitsloser ist eine möglichst einheitliche Einschränkung der Arbeitszeit in allen Betrieben vorzuziehen.
4. Auf alle Fälle sollen die bestehenden Arbeitsverträge ihre volle Gültigkeit behalten und in jeder Beziehung eingehalten werden.
5. An Private wie an die Behörden wird die dringliche Bitte gerichtet, bei der Preisbemessung für erteilte Aufträge die gegenwärtige Kollage des Tischlergewerbes nicht auszunutzen, sondern durch Gewährung von Preisen, die die Selbstkosten decken, es in den Sinn zu setzen, die in den Arbeitsverträgen gesicherten Löhne auch weiterhin zahlen zu können.

Mit diesem Beschluß und der Veröffentlichung desselben ist es natürlich nicht genug. Es gilt jetzt in allen in Frage kommenden Orten die gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Jetzt gilt es, an alle, die dafür in Frage kommen, heranzutreten, um Aufträge frei zu machen. Da sind zuerst zu nennen die Stadtverwaltungen mit ihren vielerlei Bedürfnissen in Büros und Schulen, bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, ob dieselben nun in eigener oder zum Teil in fremder Regie verwaltert werden. Da muß herangetreten werden an die Post-, Eisenbahn- und Justizverwaltungen, damit auch sie ihre Aufträge vergeben; ebenso an die Militärverwaltungen. Trotz der jetzigen, teils umfangreichen Vergabungen an Barackenbauten, Einrichtungsgegenständen usw. dürfen hier weitere Aufträge heranzuholen sein. Es müßte herangetreten werden an die größeren Werkverwaltungen, deren ja gerade im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiete so viele zu verzeichnen sind, damit auch diese sich nicht zurückhalten. In geeigneter Weise müssen dann auch das Privatpublikum, die Bauherren und die eventl. dahinter stehenden Bankverwaltungen aufgefordert werden.

Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam hierbei vorgehen, hinweisen auf die Not, die zu dem gemeinsamen Schritte führt, dann muß und wird es gelingen, dabei Erfolge zu erzielen. Ist es doch zehnfach besser, dem Arbeiter Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, als ihm sonstige Hilfe (so wertvoll sie sonst ist) zuteil werden zu lassen.

Auf einen wichtigen Auftraggeber sei bei dieser Gelegenheit noch besonders hingewiesen, der für mittlere und kleinere Städte sehr in Frage kommt, aber leicht übersehen werden könnte, die Landwirtschaft. Diese ist zahlungsfähig und von der Störung im Erwerbleben durch den Krieg weniger als andere Erwerbsstände mitgenommen. Auch hier sollte angeklopft und auf die gesunde Gemeinschaftsarbeit aller Stände hingewiesen werden.

Inzwischen haben in Düsseldorf und Köln bereits gemeinsame Sitzungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden, um unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die notwendigen Maßnahmen zu besprechen und zu veranlassen. Erfreulicherweise kann betont werden, daß bei beiden Teilen das einmütige Bestreben vorherrscht, alles Trennende beiseite zu lassen und praktische Arbeit zu leisten. In Köln wurde beschlossen, die Arbeitszeit ab 17. Oktober allgemein auf 48 Stunden die Woche festzusetzen und diesen Beschluß durch ein gemeinsames Anschreiben sämtlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mitzuteilen. An die kommunalen und sonstigen Behörden und Verwaltungen wurden entsprechende Eingaben gerichtet und zum Teil persönlich überreicht und begründet. Wenn nach den vorstehenden Richtlinien und in diesem Geiste allerwärts gearbeitet wird, dann müssen Erfolge herauskommen. Überall, wo Ortsgruppen des Arbeitgebervereinsverbandes oder des

rheinisch-westfäl. Tischler-Innungsverbandes in Frage kommen, rege man eine baldige diesbezügliche Zusammenkunft an und versuche in erster Arbeit das gesteckte Ziel zu erreichen. In derselben Angelegenheit werden bereits mit dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände (Sitz Nürnberg) und dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Essen ebenfalls Verhandlungen gepflogen.

Lebensmittelpreise während des Krieges.

(Schluß).

Uns scheint, daß man auch an manchen anderen Stellen Veranlassung gehabt hätte, in dieser Weise dem Lebensmittelwucher noch nachdrücklicher entgegen zu treten. In dankenswerter Deutlichkeit ist dies beispielsweise vom stellvertretenden Generalkommando des VII. Armeekorps (Westfalen) geschehen, wie folgendes Schreiben an einen Mehlgroßhändler erkennen läßt:

Nach einer mir vorliegenden Rechnung haben Sie für einen Doppelzentner Weizenmehl 42 Mark, und für den Doppelzentner Roggenmehl 38 Mark gefordert, während hier die entsprechenden Preise der Müller 37 Mark und 32 Mark betragen.

Da Sie sich dadurch einer unberechtigten Ausbeutung der Bevölkerung schuldig gemacht haben, so erteile ich Ihnen hiermit eine Verwarnung. Im Wiederholungsfall werde ich in Erwägung ziehen müssen, Ihre Behände mit Beschlag zu legen und Ihren Betrieb in militärische Verwaltung zu übernehmen.

Sehr. von Biffing.

Man darf sich davon überzeugt sein, daß eine solche deutliche Sprache ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Und es ist auch jetzt noch Zeit, es liegt noch beständig genügende Ursache dafür vor, daß die Behörden auf eine Herabsetzung der Preise hinwirken. Das ist besonders angebracht und berechtigt, nachdem durch die todesmutige Tapferkeit unserer Streitmacht der Kriegsschauplatz in Feindesland getragen ist und die Gefahr einer feindlichen Invasion als beständig gelten kann.

Eine ähnliche Preisbewegung wie bei Mehl und Brot zeigt sich leider auch bei den tierischen Produkten, bei Fleischwaren, Fett usw. Aus einer Anzahl von Orten wird auch eine Erhöhung der Milchpreise gemeldet. In den meisten Orten 5, 10, 15 Pfg., hier und da noch mehr gestiegen. Eine Anzahl von Fragebogen kann aber auch ein Gleichbleiben der Preise berichten, einige ländliche Gegenden an der holländischen Grenze teilen sogar eine Herabsetzung der Preise mit. Leider sind dies nur die bekannten Ausnahmen, denen auch andere mit enormen Steigerungen entgegen stehen. So z. B. Königsberg mit einer Erhöhung von 85 auf 110 bis 120 Pfg., Reuß von 90 auf 110 Pfg.

Schlimmer wie bei Milchfleisch sind die Preissteigerungen bei Schweinefleisch, besonders bei Speck. Obwohl die Viehpreise im allgemeinen nicht angezogen, haben die Metzger aber die Gelegenheit nicht vorbegeben lassen, um die Konsumenten erneut zu schröpfen. Die großen Masseneinkäufe der Heeresverwaltung hat ihnen die äußere Handhabe für diese schändlich absicht nicht zu rechtfertigende Maßnahme. Ein Schulbeispiel für die Laktul der „patriotischen“ Metzgerzunft bot ein Vorgang in Köln. Hier veröffentlichte die Schweinefleischgenossenschaft eine Erklärung, worin eine Erhöhung der Preise durch die Kriegslage als naturnotwendig bezeichnet wurde. Daraufhin hat die königliche Regierung eine Gegenerklärung veröffentlicht, worin festgestellt wurde, daß die Angaben der Metzger vollständig haltlos waren, daß die Marktpreise für Schweine in den Tagen vorher mit 45—55 Mk. für 100 Pfund Schlachtgewicht „einen Tiefstand erreichten, den sie seit Jahren nicht mehr gehabt haben“. Leider hat diese moralische Sühnung aber nicht erreicht, daß die Preise wieder herabgesetzt wurden. Der Polizeipräsident hat später dann verfügt, daß jeder Metzger ein Preisverzeichnis öffentlich an seinem Laden auszuhängen hat. Hellen wird aber alles nichts, bis die Preise auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen von der Behörde festgesetzt werden. In Köln ist dies inzwischen schon geschehen.

Mit Rücksicht auf den Raum können die Preissteigerungen für Fleischwaren nicht im einzelnen angeführt werden, nur einige Orte seien herausgehoben. Der Preis für Schweinefleisch liegt pro Pfund in Breslau von 70 auf 90—100 Pfg., Königsberg von 80 auf 100, Speyer von 70 auf 86, Neunkirchen a. d. Saar von 70 auf 90, Reuß von 70 auf 130, Ingolstadt von 76 auf 90—100, Ravensburg von 75—80 auf 90 Pfg. Zahlreich sind die Orte, von denen eine Steigerung um 10 Pfg. gemeldet wird, während die Orte schnell zu zählen sind, wo keine Erhöhung eingetreten ist. Im Durchschnitt beträchtlich höher sind die Preissteigerungen für Speck, worüber fast einheitlich berichtet wird. Genannt seien: Lippstadt von 85 auf 100 Pfg., Remscheid von 70 auf 90, Barmen von 90 auf 110, Herne, Neunkirchen, Hildesheim a. d. Saar, Reuß und Berlin von 80 auf 100, Bromberg und Kiel von 60 auf 80, Grauberg von 100 auf 115, Schwelm von 85 auf 100 Pfg. usw. Auch bei Speck sind die Steigerungen um 10 Pfg. am zahlreichsten gemeldet. Diese Erhöhungen sind doppelt ungerechtfertigt, weil die Viehpreise diese Steigerungen nicht begründen und die Metzger ferner durch die Armeeeinkäufe mit ihren Speckbeständen aufzuräumen konnten. Es ist meist schrankenlose Provilgier, die dem vaterländischen Gmpfinden, besonders in dieser schweren Zeit, ins Gesicht schlägt.

Außer den angeführten Nahrungsmitteln sind auch die Kartoffeln beim Kriegsausbruch ganz enorm im Preis gestiegen worden, trotz reichlicher Ernte und Ueberfluß. Gegen Ende August waren die Preise noch nicht wieder auf den alten Stand vor der Mobilmachung zurückgegangen, obgleich inzwischen auch die Spätkartoffeln auf den Markt kamen. Inzwischen sind die Kartoffelpreise aber weiter am nachlassen. Wenn die Produzenten und Händler aber nicht bald überall zu normalen Preisen zurückkehren,

werden die Behörden noch einen weiteren Druck ausüben müssen, um diese Mahrung der armen Leute auf eine entsprechende Preislage zu bringen.

Ganz erhebliche Steigerungen werden von allen Seiten für Hülsenfrüchte — Bohnen, Erbsen, Linsen — berichtet. Am höchsten schnellen die Preise in den Grenzgebieten empor; eine Erhöhung, die auch durchweg bei den anderen Waren zu beobachten ist. Erbsen liegen pro Pfund im Preis: Essen von 18 auf 24 Pfg., Quierscheid (Saar) von 25 auf 35, Neustadt a. S. von 12 auf 26, Düsseldorf von 18 auf 25, Bosen von 15 auf 20, Königsberg von 20 auf 30, Offenbach a. M. von 24 auf 35, München von 25 auf 35, Neunkirchen (Saar) von 35 auf 50 usw. Ähnliche Erhöhungen werden für Linsen berichtet, die bekanntlich zum größten Teil aus Rußland eingeführt werden. Nicht so hoch, aber immer noch sehr fühlbar, sind die Preissteigerungen für Bohnen.

Bei Waren, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen, läßt sich eine Preissteigerung wohl verstehen, weil die Transportkosten durch die Kriegslage schwieriger und kostspieliger werden und die Zufuhr vielfach ganz unterbunden ist. Bei Produkten, die im Inland hergestellt werden, fällt das aber fort. So kann auch die erfolgte Steigerung der Salzpreise keineswegs gerechtfertigt werden. Prozentual gerechnet liegen hier ganz erhebliche Aufschläge vor. Steigerung von 10 auf 11 und 12 Pfg. pro Pfund werden aus den meisten Städten berichtet. Von 10 auf 13 Pfg. liegt der Salzpreis in Koblenz, Bilar, Reheim, Lütgenbornum, Nahe, Grauberg, Wulsen usw. In Berlin von 11 auf 16 Pfg., Dresden von 11 auf 14, Schneidemühl von 11 auf 20, Erlangen von 11 auf 15 Pfg. Von 10 auf 15, also um rund 50%, in Neudlinghausen, M. Gladbach, Revelar, Neustadt a. S., Düsseldorf, Bosen, Neunkirchen, Königsberg, Danzig, Dilllage, Schönlanke, Birnbaum, Kolmar usw. Hier hätten die Behörden fester zugreifen müssen, denn da liegt ganz offensichtlich Lebensmittelwucher vor.

Das Gesamtergebnis der veranstalteten Umfrage läßt sich dahin zusammenfassen, daß — abgesehen von den maßlosen Preistreibern in den ersten Mobilmachungstagen — die Lebenshaltung der breiten Volksmassen sich im Laufe des ersten Kriegesmonats um etwa 15 bis 20 Prozent verteuert hat. Das ist doppelt schwer ins Gewicht zu einer Zeit, wo das Einkommen der Arbeiter durch verkürzte Arbeitszeit und große Arbeitslosigkeit bedeutend verringert ist. Daher ist es eine hochwichtige Aufgabe unserer Arbeiterorganisationen, auf diese Zustände hinzuweisen und auf Erleichterungen hinzuwirken. Ferner haben uns die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt anlässlich des Krieges erneut die große Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe zum Bewußtsein bringen können. Zahlreiche Fragebogen der vorerwähnten Umfrage tragen den Bemerker, daß die bestehenden Konsumvereine stabilere Preise gehalten und sich als Preisregulator durchaus bewährt hätten. Neben der Aufrechterhaltung und dem späteren weiteren Ausbau unserer Berufsorganisationen wird der Konsumgenossenschaftsbewegung in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 41. **Wochenbeitrag** für die Zeit vom 4. bis 10. Oktober fällig ist.

Zum Unterstüzungswesen. Die Vorstände der Zahlstellen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Beschlüsse des Zentralvorstandes, welche durch die Verbandszeitung und durch Rundschreiben bekannt gemacht werden, genau beachten. Manche Anfragen und viel Zeit könnten dadurch erspart werden. Da das Unterstüzungswesen in unserem Verbands durch den Kriegsausbruch gänzlich umgestaltet werden mußte, erscheint es praktisch, sofern es noch nicht geschehen sein sollte, in jeder Zahlstelle in einer Mappe oder einem besonderen Umhänge je ein Exemplar unserer Zeitung, wie auch die erschienenen Hefen zu sammeln, um in zweifelhaften Fällen hier nachschlagen zu können. Für zu Unrecht ausgezahlte Unterstüzungswesen müssen wir wie nach die Zahlstellen nachbar gemacht werden. Zu beachten bleibt, ein einziges nachmal anzuführen:

1. Die wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 6 Mk. für verheiratete und 4 Mk. für ledige Verbandsmitglieder, die 52 Wochenbeiträge im Verbands leisten, wird nach einwöchentlichem Wartestritt auf folgende Zeit gewährt:
Bei 52 im Verband geleist. Wochenbeitr. 10 Wochen lang
" 104 " " " " 11 " "
" 156 " " " " 12 " "
" 208 " " " " 13 " "
" 260 " " " " 14 " "
" 312 " " " " 15 " "
" 364 " " " " 16 " "
2. Die Reisenunterstützung von 60 Pfg. pro Tag wird je nach der Dauer der Mitgliedschaft für die gleiche Zeit gezahlt wie die Arbeitslosenunterstützung.
3. Das Sterbegeld wird mit der Hälfte der jahresgemäßen Leistungen beibehalten.

4. Die Familienunterstützung der zum Seeresdienst eingezogenen verheirateten Verbandsmitglieder, die 52 Wochenbeiträge entrichtet haben, wird auf die Zeitdauer von 10 Wochen in jedem einzelnen Fall gewährt. Nach dieser Bezugszeit kommt die regelmäßige Unterstützung in Fortfall. Jedoch erhalten die Angehörigen, die den Höchstbetrag bereits bezogen haben, am Samstag den 31. Oktober, Samstag den 28. November und in der Woche vor Weihnachten, je einen weiteren Betrag von 5 Mk. ausgezahlt.

Unterstützungen können nur an bezugsberechtigte Mitglieder ausgezahlt werden. Wer seine Mitgliedschaft unterbrochen hat oder noch nicht 52 Wochenbeiträge entrichtet, hat an der Hauptkasse keinen Anspruch; eventl. ist mit örtlichen Mitteln Hilfe zu leisten. Mitglieder, welche nur den halben Beitrag zahlen, erhalten auch nur die Hälfte der festgesetzten Unterstützungssätze, ebenso der festgesetzten Höchstbeiträge. Den Zahlstellen wird empfohlen mit Gewährung von örtlichen Zuschlägen vorsichtig zu sein.

Die Abrechnungsvordrucke für das 3. Vierteljahr 1914 sind an alle Zahlstellen verschickt und wird gebeten, die Abrechnung unverzüglich in Angriff zu nehmen, damit die rechtzeitige Fertigstellung derselben ermöglicht wird. Die Ausgaben der Familienunterstützung sind unter den Ausgaben für die Hauptkasse unter der Rubrik Militärunterstützung zu verbuchen.

Vorschläge von der Hauptkasse zur Auszahlung von Unterstüzungen können nur an solche Zahlstellen gesandt werden, deren Wochenbericht bis Mittwoch abends in Köln eingegangen ist und die Vierteljahrabrechnung rechtzeitig einfinden. Die erforderlichen Geldsendungen werden am Freitag von Köln abgeschickt.

Freiwillige Kriegspende-Karten. Um den in voller Beschäftigung stehenden Kollegen Gelegenheit zu geben, ihren Opferwillen zugunsten der durch den Krieg in Not geratenen Verbandsmitglieder zu betätigen, hat der Zentralvorstand Kriegspendekarten anfertigen lassen. Die Karten werden von den Zahlstellen zum Preise von 25 Pfg. abgegeben. Der Ertrag der freiwilligen Leistungen soll zu örtlichen Bedürfnissen verwendet werden. Die Verbandsmitglieder werden dringend gebeten, von der Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Rundschau.

Kriegsnotizen. Dem Beispiele so vieler Tausende folgend, hat Kollege Julius Scheuble, Ortsbeamter der Zahlstelle Frankfurt, als Kriegsfreiwilliger ins Heer eingetreten, um auch seinerseits mitzukämpfen, den von unseren Feinden erdachten Plan der Vernichtung Deutschlands zu durchkreuzen.

Kollege Leo Aldenhof, Vorsitzender der Zahlstelle Duisburg, wurde durch eine Granate bei Verbum verwundet und liegt zur Zeit im Lazarett der Mannschaften in Saarbrücken. Er beklagt sich für die überhandten Zeitungen und hofft, bald wieder an die Front gehen zu können. — Ebenso liegt der Vorsitzende der Zahlstelle Bonn, Kollege Bernhard Dersch, verwundet in der Universitätsklinik in Marburg. — Kollege Josef Erling, Parkstraße, jetzt Kassenleiter des Gewerkschaftsverbandes, ist ebenfalls in der letzten Woche bei dem gegenwärtigen großen Kampfe in Frankreich erheblich verwundet worden und ist zu seiner Wiederherstellung nach seinem Wohnort Karlsruhe transportiert worden. — Kollege Wille von Gerimund schreibt aus Belgien, welche Diatriben unsere Organisation jetzt während der Kriegsdauer getroffen habe, wie es den übrigen eingezogenen Kollegen ergötze da er noch keine Nachricht darüber erhalten habe. Seinem Wunsche wurde unverzüglich entsprochen. — Der Vorsitzende der Zahlstelle Düsseldorf, Kollege Hofmann, liegt mit einer Anzahl von Kollegen (Ertagspreparanden) in einer mehrtägigen Garnison, nahe der französischen Grenze, und hofft hier der Stunde, wo auch er in das gewaltige Schlagen eingreifen kann.

Das Eiserne Kreuz wurde unserem Kollegen Alfons Bachbauer-München, der im 20. Bagn. Inf. Regt. steht, verliehen. Gleichzeitig wurde er vom Gemeinen zum Unteroffizier befördert. Hoffen wir, daß es dem Kollegen vergönnt wird, mit dem Eiserne Kreuz gekrönt, den Kriegshauptkampf nach Beendigung des Krieges gesund zu verlassen.

Der Freischießerei bei Lebensmitteln tritt der Führer der bayer. Bauernvereine Dr. Georg Helm mit Nachdruck entgegen. Er warnt sich in erster Linie gegen jene Bauern, die Körner und Brotfrüchte zwecks Preissteigerung zurückhalten wollen; „Wir brauchen die anderen Stände in anderen Zeiten wieder. Denken Sie nur an die Hungergehung der Handelsverträge nach dem Kriege. Der ganze Bauernhaud muß schließlich unter den Hungerforderungen einander leiden.“ Die heimliche Genossenschaft in Regensburg liefert Speisekartoffeln für 2.65 M. pro Zentner und nur 10 pfennig Stückpreisen entgegen.

Freigesprochen. Wie wir zur Zeit berichteten, hatte beim Schreinerstreik in Dülmen die Ortspolizeibehörde über eine größere Anzahl unserer Mitglieder verhältnismäßig hohe Polizeistrafen wegen Streifpökenstehens verhängt. Da unsere Mitglieder sich keiner Schuld bewußt waren und nur pflichtgemäß ihren Posten gestanden hatten, legten sie Verufung ein, über welche jüngst entschieden wurde. Bemängelt wurde das Protokoll, in welchem seitens des Gerichtsschreibers angegeben war, daß die Polizeibeamten hätten ausgefagt, die Angeklagten seien auf Weisung des Bürgermeisters fortgewiesen. Von der Hand des Richters war dem Protokoll nachgefügt, daß die Beamten gleichzeitig der Meinung gewesen seien, daß durch das Verhalten der Angeklagten die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf den Straßen gefährdet werde. Da dieser Nachsatz vom Gerichtsschreiber nicht ausdrücklich genehmigt war, wurde er unsererseits bestritten und schloß das Gericht sich diesem Bedenken an. In der Sache selbst wurde dann weiter verhandelt und alle Angeklagten (gegen einen konnte nicht verhandelt werden, weil er im Felde steht) freigesprochen, weil sie sämtlich der Aufforderung des Polizeibeamten sofort Folge geleistet hätten und weil ein Zurückkommen nach 2 Stunden nicht ohne Weiteres einen Verstoß gegen die Polizeiverordnung enthalte. Vielmehr hätten die Polizeibeamten nur das Recht gehabt, eine neue Aufforderung zu erlassen, was jedoch nicht geschehen sei. — Wenn wir auch der angegebenen Begründung uns nicht anzuschließen vermögen, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir, falls nicht der Verkehr gehemmt oder die öffentliche Ruhe und Sicherheit tatsächlich gestört wird, überall Posten stehen dürfen, so freut es uns doch, daß unsere Mitglieder nunmehr freigesprochen wurden. Der Prozeß selbst aber beweist uns erneut, wie recht wir haben, wenn wir eine zeitgemäße Reform der einschlägigen Bestimmungen fordern.

Berichte aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Unsere Zahlstelle, deren Mitglieder zu fast einem Drittel im Felde stehen, hielt am Samstag, den 19. September, eine gut besuchte Versammlung ab, zu der auch die Beheringee eingeladen und erschienen waren. Zweck derselben war, durch einen Vortrag über „Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft“ den Kollegen die wirtschaftlichen Ursachen des jetzigen Weltkrieges vor Augen zu führen, sowie über die Einführung eines Kriegsextrabeitrages zu beraten. Den Vortrag hielt der Kollege Eudenberg vom Gewerksverein der Bergarbeiter. Er schilderte zuerst die Entwicklung der wirtschaftlichen Macht Englands, dessen Stellung schon am Anfang des 19. Jahrhunderts eine weltbeherrschende war. Und diese hat sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte noch mehr gefestigt und ausgedehnt. Die Kontinentalperze durch Napoleon I. bewirkte vor allem eine innere Festigung des Inselreiches und hatte nach ihrem Fall eine besondere und intensive Vermehrung des englischen Welt Handels zur Folge. Umso mehr, als ja kein anderes Land eine solche Industrie aufzuweisen hatte. England war die „Weltmacht der Welt“. Erst durch die Gründung des deutschen Zollvereins im Jahre 1834 wurde die Grundlage geschaffen für eine deutsche Konkurrenz und ebenso für die deutsche Industrie. Zwar hatte das Aufkommen unserer Industrie mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, der Kapitalbeschaffung, mit Kriegen und Kriegsextrab. Doch setzen wir diese Kinderkrankheiten im Laufe der Jahre überwinden, und es setzt besonders nach dem siegreichen Kriege von 1870 eine Zeit glänzender wirtschaftlicher Aufschwunges ein. Zwar sah das Wirtschaftsstehen hiernach eine schwere Krise, um aber dann in den folgenden Jahrzehnten stetiger und sicherer aufzuheben. Als Frucht dieser Entwicklung sind folgende Tatsachen bemerkenswert: Das Auslandskapital, vor allem englisches, wird immer mehr abgezogen. Die deutsche Industrie stellt sich auf eigene Füße; der deutsche Markt und weiter auch der ausländische wird für deutsche Waren erobert. Die starke deutsche Auswanderung nimmt von Jahr zu Jahr ab, weil unfer Volk durch die Industrie in eigenen Lande Beschäftigung findet. War Deutschland vordem zumeist ein „Agrarstaat“, so setzen wir in den 80er Jahren schon eine Zählengleichheit von landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerung, und im Verlauf der folgenden Jahre und später ein immer größeres Ueberwiegen der letzteren. Deutschland ist ein „Industrieplanet“ geworden. Englands Haß und Reid gegen uns dauert, hauptsächlich seit dem Jahre 1890. Und hauptsächlich setzen wir auch von diesem Zeitpunkt bis zur Ausbruch des jetzigen Weltkrieges, Deutschlands Kuppelzug zur politischen und wirtschaftlichen Weltmacht an der Seite Englands, was uns den Reid des Inselvolkes erklärlich macht. Beherrschend für diese Machtentwicklung war vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete das Zusammenkommen von Interessengemeinschaften innerhalb der deutschen Industrie. Die „Organisation“ der Betriebskräfte und Betriebsmittel drückt dieser Zeit ihren Stempel auf. Es entstehen die Maschinenbauvereine, die Syndikate und Kartelle, ebenso die großen „Bankvereine“ als Finanzier der großen Industrie. Das alles arbeitet zusammen mit den herrlichen Erträgen und Erfindungen der deutschen Technik und Chemie an der Ausbreitung und Förderung unserer „Weltwirtschaft“. Die Kräfteentwicklung der deutschen Nation ist eine ruhige und selbstbewußte, von durchschlagender, unheimlicher Wirkung vorzüglich auf die Weltmachtstellung Englands. Die Großartigkeit unserer Industrieentwicklung ergibt sich am besten aus der Entwicklung der Kohlenproduktion. Diese betrug man Anfang der 70er Jahre in England 6 Millionen Tonnen, dagegen in Deutschland nur 2 Millionen Tonnen, 1911 war die Kohlenproduktion Englands auf 10 Millionen Tonnen, die Deutschlands aber auf 14 1/2 Millionen Tonnen gestiegen. Das entspricht einem Wach-

stum von 700% in Deutschland und einem solchen von nur 60% in England. Im Jahre 1912 war Deutschlands Kohlenproduktion gestiegen auf 17,9 Mill. und das Jahr 1913 sah sogar eine solche von fast 20 Millionen. Und wie hier, so auf fast allen Gebieten in Deutschland diese ungewöhnliche, titanenartige Entwicklung. In der Industrie haben wir England bereits überflügelt, und unser Außenhandel steht nicht mehr weit hinter dem Englands zurück. Ueberall machen wir den „Beherrschern der Welt“ ihren jahrhundert alten Vorrang streitig. Daß diese unsere Entwicklung, die ja nur andeutungsweise wiedergegeben werden kann, dem Krümmervoll jenseits des Kanals nicht angenehm sein konnte, ist nicht weiter zu verwundern, und weil wir wußten, daß diese Tatsachen unsern Feinden Anlaß geben würden, bei günstiger Gelegenheit den Krieg vom Zaune zu brechen, deshalb mußten wir uns wappnen und rüsten, eben um das Ertrugene für einen solchen Fall verteidigen und beschützen zu können. Wie recht wir daran taten, das beweist uns die jetzige Schlagfertigkeit unseres Heeres, die schüßende Macht unserer Flotte und die bereits erungenen großartigen Erfolge auf dem Schauplatz des Weltkrieges. Mit dem Wunsche, daß unsern Waffen das Glück weiter hold sein möge, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. — Nach einigen erläuternden Ausführungen des Vorsitzenden folgte die Beratung über die Einführung eines Kriegsextrabeitrages. Hierbei zeigten die Kollegen, daß sie Verständnis und Opferwilligkeit besitzen, um nach Möglichkeit über diese schwere Zeit hinwegzukommen. Allgemein war man der Ansicht, daß ein Extrabeitrag erhoben werden solle. So fand denn der Antrag des Vorstandes, für die Dauer des Krieges von allen in Arbeit stehenden Kollegen einen Extrabeitrag von wöchentlich 25 Pfg. zu erheben, einstimmige Annahme, mit einer Ausnahme, die einen höheren Beitrag gewünscht hatte. Diese Extrabeiträge sollen durch entsprechende Marken quittiert und von der 40. Woche ab geleistet werden. Wir appellieren an dieser Stelle an diejenigen Kollegen, welche nicht in der Versammlung zugegen waren, nun auch ihrerseits alles zu tun, um diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Sei sich ein jeder der hohen Aufgabe und selbstverständlichen Pflicht bewußt, unsern Verband, an dessen Ausbau die im Felde stehenden Kollegen vielfach hervorragend mitgewirkt haben, nun auch über diese Zeit unbeschadet hinwegzuführen. Und wenn wir jetzt unsern Extrabeitrag regelmäßig und pünktlich zahlen, so ist das eine recht wertvolle Hilfe dazu. Es wurde dann noch darauf hingewiesen, daß ab 1. Oktober eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich eintritt. Die Kollegen sollen besonders in den kleineren Werkstätten darauf achten, daß dieses genau durchgeführt wird. Auch muß unsern Arbeitsnachweis mehr Beachtung geschenkt werden wie bisher; die Kollegen sollen sich jeweils melden, ob sie Unterstützung beziehen oder nicht. Die Zahlstelle wird ab 1. Oktober auch Ortsbestimmungen herausgeben, um deren genaue Befolgung wir die Kollegen angelegentlich bitten. — Kollegen! Wollen wir unserer Aufgabe gerecht werden, dann muß den Verbandsangelegenheiten gerade in dieser Zeit entsprechende Beachtung geschenkt werden. Daß dieses geschieht, vor allem die Versammlungen besser besucht werden, ist der besondere Wunsch der Ortsverwaltung, dem auch der Vorsitzende am Schluß der Versammlung Ausdruck verlieh.

Hannover. Die vom Sozialen Ausschuss der Stadtverwaltungen in Hannover und Linden gegebenen Anregungen, eine größere Arbeitslosenfürsorge durchzuführen, sind von Erfolg gekrönt gewesen. In beiden Städten ist eine umfassende Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, wie Finanzrisikoprüfung und Fortbildung von staatlichen und städtischen Bauten in die Wege geleitet; auch sind für Notstandsarbeiten erhebliche Mittel bereitgestellt. In Hannover konnte man noch einen Schritt weitergehen und den Arbeitslosen, die nicht beschäftigt werden können, eine Arbeitslosenunterstützung zahlen. Die Unterstützungssätze betragen wöchentlich 6 Mk. für verheiratete Arbeiter und 90 Pfg. für jedes Kind, im Höchstbetrage von 9,60 Mk. wöchentlich. Unverheiratete Arbeiter erhalten wöchentlich 3 Mk. Besonders hervorzuheben verdient, daß die Arbeitslosenunterstützung, die seitens der Gewerkschaften gehakt wird, bei der städtischen Unterstützung nicht aufgerechnet wird. In dem Ausschuss, dem diese Fürsorge untersteht, sind Vertreter der Gewerkschaftsrichtungen sowie der Angestelltenverbände tätig.

Sterbefälle.

Den Heldentod fürs Vaterland starben auf den Schlachtfeldern unsere Verbandsmitglieder: Philipp Franz, Drechsler, im Waldgefecht bei Fraimlois, am 5. September gefallen. Mitglied der Zahlstelle Namberg. Heinrich Kühnen, Mitglied der Zahlstelle Duisburg, starb in einem Kriegslazarett in Frankreich. Nikolaus Hägler, Vorsitzender der Zahlstelle Höchst a. M. fiel am 27. August in Frankreich. Der Verband verliert in ihm einen treuen und eifrigen Mitarbeiter. Ein ehrendes Andenken ist ihm in unseren Reihen sicher. Eduard Benz, Schreiner, gebürtig aus Ottenheim, ein eifriger Vertrauensmann der Zahlstelle Köln, fiel in den Kämpfen an der Marne. Peter Hilger, Stellmacher, Mitglied der Ortsgruppe Contern, ist am 9. September in Frankreich gefallen. Heinrich Lühmann, Mitglied der Zahlstelle Dinklage, fand in der Nordsee sein Heldengrab. Paul Vogel, Tapezierer, Mitglied der Zahlstelle Freiburg, fiel in der Schlacht in Lothringen. Hermann Rhein, ein tüchtiger Vertrauensmann der Zahlstelle Ravensburg, fand den Heldentod im Kampfe mit französischen Truppen. Wilhelm Endhoff, Mitglied der Zahlstelle Asten, fand den Heldentod auf den Schlachtfeldern Frankreichs am 24. September. Ruhet in Frieden!

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöchentl.) Jeden Monat sechs Unterrichtsstunden (Nachf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselsche, Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewöhnl. Geometrie, Stül- u. Formel, Mat., Werkz., Maschinenkunde, Feinhandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten nach auf die MEISTER-PRUEFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestalten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis.



PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule in Düsseldorf, Cuzelottestr. 57. — Der Direktion.

Anzeigen der Zahlstellen.

Hamburg.

Ab 1. Oktober befinden sich Geschäftsstelle und Geschäftsstelle unterer Verbände.

Erweiterung 25 par. links.

Die Büroarbeiten müssen wie bisher bestehen. Telefon wie bisher Gruppe 5, Nr. 1478.

Stellmacher

(Stellmacher, Kassenführer, Radmacher u.) erhalten Arbeit zugewiesen durch die Geschäftsstelle des Verbandes.

Eine größere Anzahl Sattler gesucht.

Für verschiedene Betriebe der Militärreifen-Industrie werden zur Zeit noch eine größere Anzahl Sattler gesucht. Es genügt schon, wenn die betreffenden Leute näher können. Sie brauchen also bis jetzt noch nicht auf Militärarbeit beschäftigt gewesen zu sein. Meldungen und Anfragen wolle man an die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christl. Lederarbeiter Frankfurt a. M., Bleidenstraße 22, Telefon Amt Hansa 8232, richten.